

NACHRICHTEN

UNICEF: Boko Haram hat in Nigeria seit 2013 über tausend Kinder entführt

Lagos. Im Nordosten Nigerias hat die Islamistengruppe Boko Haram nach Angaben des UNO-Kinderhilfswerks UNICEF seit 2013 mehr als tausend Kinder entführt. Darunter seien auch die 276 Mädchen, die am 14. April 2014 aus einer Schule in der Stadt Chibok verschleppt wurden, teilte UNICEF am Freitag zum vierten Jahrestag der Massenentführung mit. Diese hatte 2014 weltweit für Entsetzen gesorgt. Seitdem konnten viele der Mädchen fliehen oder wurden gegen Lösegeld und im Austausch gegen inhaftierte Boko-Haram-Mitglieder freigelassen. *AFP/nd*

Anschlag in Nordirak auf Trauerprozession

Samarra. Bei einem Bombenanschlag auf eine Trauerprozession in Nordirak sind mindestens 16 Menschen getötet worden. Als der Trauerzug im Dorf Asdira nahe der Stadt Scharkat am Friedhof angekommen sei, seien zwei Bomben explodiert, sagte der Bürgermeister von Asdira, Salaheddin Schaaan. Bei der Trauerfeier sollten fünf Mitglieder der paramilitärischen Einheiten Hasched al-Schaabi bestattet werden, die am Mittwoch in Asdira beim Angriff von Dschihadisten auf einen Militärkonvoi getötet worden waren. *AFP/nd*

Kroatien unterzeichnet Istanbul-Konvention

Zagreb. Kroatien hat am Freitag die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt ratifiziert. Trotz Protesten konservativer Gegner stimmte das Parlament in Zagreb für den Schritt. Die Unterzeichnerstaaten der Konvention des Europarats verpflichten sich, jegliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie alle Formen häuslicher Gewalt als Verbrechen einzustufen und entsprechend zu bestrafen. 15 000 Menschen hatten am Donnerstagabend in Split gegen die Annahme der Istanbul-Konvention demonstriert. *AFP/nd*

Polizei räumt besetzte Sorbonne-Universität

Paris. Frankreichs Polizei hat am Donnerstagabend die von rund 200 Studenten besetzte Sorbonne-Universität in Paris geräumt. Die Räumung sei ohne Zwischenfälle verlaufen, so die Polizei. Die Hochschulleitung erklärte, die Einsatzkräfte »nach drei Stunden erfolgloser Verhandlungen« mit den Studenten angefordert zu haben. Die Studentenproteste, die auch andere Universitäten des Landes betreffen, richten sich gegen eine Reform zum Hochschulzugang. Die Sorbonne blieb Freitag und Samstag geschlossen. Sicherheitsbedenken seien der Grund, teilte die Universität auf Twitter mit. *AFP/nd*

Taiwans Marine probt Abwehr von Angriff

Suao. Vor einem Militärmanöver Chinas hat Taiwans Marine unter den Augen von Präsidentin Tsai Ing Wen die Abwehr eines Angriffs geübt. Tsai beobachtete dies am Freitag an Bord eines Kriegsschiffs. Sie zeigte sich überzeugt von der Leistungsfähigkeit der Streitkräfte Taiwans. Nächste Woche hält China Manöver in der Formosastraße, einer auch Taiwan-Straße genannten Meerenge zwischen China und Taiwan ab. *AFP/nd*

Es ist nicht nur ein Luftschlag

Die USA versuchen seit langem, Syrien zu destabilisieren und Assad zu stürzen

Russland hat die USA am Freitag vor einem Militärschlag in Syrien gewarnt. Er wäre ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht. Doch das hat Washington in der Vergangenheit nicht abgehalten.

Von Olaf Standke

»Die USA haben ihrem Sündenregister einen neuen Eintrag hinzugefügt – der amerikanische Terror hat jetzt auch Syrien erreicht.« Das schrieb die irakische Nachrichtenagentur INA am 27. Oktober 2008. Erstmals war eine US-Spezialeinheit bei einem Kommandounternehmen mit vier Militärhubschraubern auf syrisches Territorium vorgedrungen und hatte dort auf einem Bauernhof nahe der irakischen Grenze mehrere Menschen getötet. Angeblich ein Schlag gegen Al-Qaida und eine Warnung an das Assad-Regime: Das Terrornetzwerk soll Kämpfer aus der islamischen Welt in das Zweistromland geschmuggelt und Damaskus zu wenig dagegen getan haben. Gestorben sind damals nach Aussagen der Dorfbewohner allerdings unschuldige Zivilisten.

US-Soldaten dringen in ein souveränes Land ein, um dort Bewohner anzugreifen und zu töten – das sei »Cowboy-Politik«, empörte sich Syrien. Präsident George W. Bush hatte die Republik auf die Liste der Schurkenstaaten gesetzt. Baschar al-Assad wurde als »Pate« der islamischen Milizbewegungen Hamas und Hisbollah politisch diffamiert und diplomatisch geächtet. Prof. Günter Meyer, Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt an der Universität Mainz, geht davon aus, dass sein Sturz in Washington seit 2001 geplant worden sei.

Spätestens 2006 wusste man durch die von der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichten Depeschen der US-Botschaft in Damaskus, dass das Regime zielgerichtet destabilisieren werden soll. So wollen die USA u.a. die ethnischen Gegensätze im Land anfachen. Was die CIA aber nicht daran hinderte, gleichzeitig vermeintliche Terrorismusverdächtige wie den kanadischen Staatsbürger Maher Arar nach Syrien zu verschleppen und dort im berüchtigten Gefängnis Far Falestin foltern zu lassen.

Bush-Nachfolger Barack Obama präsentierte sich als Mann des Friedens. Er wollte es besser machen, verheerende Fehler wie den Irak-Feldzug nicht wiederholen, im Nahen Osten so etwas wie ein Gleichgewicht der Kräfte etablieren. Doch den Hoffnungen, die der charismatische Redner außenpolitisch durchaus weckte, konnte er in den Niederungen der politischen Realität und geostategischen Interessen der Weltmacht auch auf diesem Feld nicht gerecht werden. Während selbst die Proteststürme des »Arabi-



Blick auf Tabqa: Hier, südwestlich von Rakka, unterhalten die USA einen von mehreren Stützpunkten.

Foto: AFP/Delil Souleiman

schen Frühlings« Assad nicht hinwegfegen konnten und Syrien mehr und mehr zum Schauplatz von Stellvertreterkriegen wurde, machte Obama den Kampf gegen den Islamischen Staat zur Priorität. Dafür sollten auch »gemäßigte« syrische Rebellen ausgebildet und bewaffnet werden – der Plan geriet zum Desaster. Zugleich versandeten alle diplomatischen Initiativen, um die eskalierende Gewalt im Land einzudämmen.

Eine »rote Linie« allerdings zog Obama 2012 ultimativ: Sollte Assad Chemiewaffen gegen das eigene Volk einsetzen, würden die USA mit Luftschlägen gegen das syrische Militär antworten. Pläne für den Beschuss ausgewählter Ziele wie Einheiten, die für Giftgasangriffe verantwortlich seien, sowie Kommandozentren und Start- und Landebahnen der syrischen Luftstreitkräfte lagen in den Schubladen. Und schon der damalige französische Staatschef François Hollande wollte unbedingt mit in die Schlacht ziehen; seine Kampfjets waren einsatzbereit.

Doch der US-Präsident entschied sich im August 2013 schließlich doch anders. Denn militärisch können die Vereinigten Staaten gegen Assads Truppen kaum vorgehen, ohne eine Konfrontation mit Russland zu riskieren; auch mit Blick auf eine damals angedachte Flugverbotszone. Und so fand Obama mit seinem Moskauer Amtskollegen Wladimir Putin einen Kompromiss: Das syrische Regime musste seine Giftgasvorräte aufgeben, sie wurden unter internationaler Kontrolle im Ausland ver-

nichtet. Bis zum Ende seiner Amtszeit vermied es der Präsident, in den »Sumpf« Syrien, so sein Sicherheitsberater, noch stärker hineingezogen zu werden. Auch wenn US-Medien berichteten, dass einige Falken in Washington schon damals eine militärische Lösung in Syrien forderten.

Donald Trump gehörte nicht dazu. Er hatte Obama 2013 via Twitter in Großbuchstaben vor einer Intervention in Syrien als Vergeltung für einen C-Waffen-Angriff gewarnt. »Wir

»Ohne Syrien gibt es keinen Frieden im Nahen Osten.«

Ex-US-Außenminister Henry Kissinger

sollten uns, zum Teufel noch mal, aus Syrien raushalten – WAS WERDEN WIR FÜR UNSERE LEBEN UND MILLIARDEN DOLLAR BEKOMMEN? NULL«, schrieb er damals. Vier Jahre später, nun selbst Präsident und Oberkommandierender, befahl er den Angriff mit 59 Tomahawk-Marschflugkörpern auf eine Luftwaffenbasis. Bei Gefechten um die IS-Hochburg Rakka wurde später ein syrischer Kampfjet abgeschossen. Und im Februar kamen bei einem Angriff auf regierungstreue Truppen im Osten Dutzende Kämpfer ums Leben.

Da saß der syrische Machthaber dank russischer und iranischer Unterstützung wieder fest im Sattel. Pu-

tins Einfluss in der Region, so das US-Magazin »Politico«, bemesse sich an Assads Überleben. Trumps UN-Botschafterin Nikki Haley nannte dessen Entfernung von der Macht dann auch prioritär. Eine politische Lösung mit ihm könne es nicht geben. Laut Einschätzung des Moskauer Nahost-Experten Fjodor Lukjanow wollten die USA unter Trump in Syrien eine entscheidende Rolle spielen; unklar sei jedoch, wie man konkret vorgeht. Die »New York Times« sah schon im Vorjahr keinen Hinweis, dass »Trump die Implikationen der Anwendung militärischer Gewalt durchdacht hat.«

Das langfristige Ziel der westlichen Mächte hat Prof. Meyer bereits in der Obama-Ära benannt: Ihnen gehe es darum, die »Achse Iran-Syrien-Hisbollah auszuschalten« und so Israel zu schützen. Dafür wollten die Vereinigten Staaten den syrischen Staat zerschlagen, so seine aktuelle Analyse. Nachdem die Kurden im Nordosten mit Washingtoner Hilfe bereit de facto einen eigenen Staat errichtet hätten, solle nun der gesamte Landesosten abgespalten werden. So werden etwa Anti-Assad-Milizen wie die Jaysh Maghawir al-Thawra im syrischen Al-Tanf im Dreiländereck mit Jordanien und Irak ausgebildet, wo die USA seit 2016 eine Basis unterhalten und auch schwere Waffen stationiert sind. Erst kürzlich wurden weitere US-Soldaten dorthin verlegt. Der Vorsitzende des Weltkongresses für Studien zum Vorderen Orient nennt die absehbaren Friedensperspektiven deshalb auch jenseits neuer Luftangriffe »tiefschwarz«.

Prozess gegen HDP-Politiker fortgesetzt

Türkei: Der Linkspolitiker Selahattin Demirtas stand am Donnerstag erneut vor Gericht

Seit November 2016 ist der bekannte HDP-Politiker Demirtas inhaftiert. Die Staatsanwaltschaft fordert 142 Jahre Haft, mehr als 600 Seiten umfasst die Anklageakte. Die Justiz spielt bei dem Prozess auf Zeit.

Von Julia Wiedemann

Erneut stand Selahattin Demirtas, langjähriger Co-Vorsitzender der HDP, in der Türkei vor Gericht. Am 11. April fand der dritte Prozesstag

in Ankara statt, dem voraussichtlich noch etliche folgen werden. Seit November 2016 ist Demirtas inhaftiert. Die Staatsanwaltschaft fordert 142 Jahre Haft, mehrmals lebenslanglich. Mehr als 600 Seiten umfasst die Anklageakte, die Unterlagen für den Prozesstag sogar über 11 700 Seiten. Allein um diese zu lesen bräuchte Demirtas fünf Jahre und vier Monate, wie er zu Beginn des Prozesses erläuterte. Denn die Dokumente hatte er in CD-Form ausgehändigt bekommen, und im Gefängnis sind ihm nur zwei mal zwei Stunden Computernutzung in der Woche erlaubt.

Allein dies zeigt die Absurdität des Verfahrens. In anderen Fällen mit ähnlichen Vorwürfen – wie Volksverhetzung, Propaganda für terroristische Organisationen etc. – kam es bisher zu Freisprüchen, denn Beweise gibt es nicht. Daher spielt die türkische Justiz auch auf Zeit. Die Anwälte von Demirtas erhalten kaum Zugang zu den Akten, das Besuchsrecht ist immer weiter eingeschränkt worden. Eine ausreichende Vorbereitung ist für die 100 Anwälte des Politikers unter diesen Bedingungen

nicht möglich. Prozesstermine werden immer wieder verschoben.

Lange war die Medienlandschaft voll mit Berichten über die Lage politischer Gefangener in der Türkei, über die Repression und die unfairen Prozesse einer längst nicht mehr unabhängigen Justiz. Aufhänger waren in vielen Fällen der Journalist Deniz Yücel, oder auch die Journalistin Meşale Tolu – sie erwartet Ende April ein nächster Prozesstermin. Und die Freude über die Freilassung von Deniz Yücel im Februar war groß.

Doch die damit verbundene Hoffnung auf eine mögliche Verbesserung der Lage in der Türkei ist verflogen – und allmählich macht sich Bitterkeit breit. Und die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit hat spürbar nachgelassen. Der Prozesstag gegen Demirtas am Donnerstag ist beispielsweise in keiner deutschsprachigen Zeitung erwähnt worden.

Der völkerrechtswidrige Angriff auf Afrin, die vielen toten Zivilisten, die Hunderttausenden Vertriebenen zeigten einmal mehr den Charakter

des AKP-Regimes. Doch auch im Inneren der Türkei geht die Repression gegen Journalisten und Oppositionelle ungemindert weiter.

Seit dem Putschversuch im Juli 2016 sind 319 Journalisten verhaftet worden, 180 befinden sich noch immer im Gefängnis. Zahlreiche Medien wurden verboten, oder gleichgeschaltet. Kürzlich erst hat ein regierungsnaher Medienkonzern die größte Mediengruppe der Türkei – die Doğan-Gruppe – übernommen.

Es gab seit dem Putsch mehr als 150 000 Entlassungen aus dem Staatsdienst. Mehr als 5800 Akademiker verloren ihren Job. Über 8000 Anhänger der HDP sind seither festgenommen worden, viele davon noch immer inhaftiert, darunter neun Abgeordnete der HDP. Gegen acht weitere wurde erneut im März Anklage erhoben, darunter die ehemalige PDS-Europaabgeordnete und jetzige HDP-Abgeordnete Feleknas Uca.

Julia Wiedemann arbeitet in der Bundesgeschäftsstelle der Linkspartei als Referentin im Bereich Internationale Politik.

ANZEIGE

Wir trauern um unseren Freund und Lehrer,
den unbeugsamen Antifaschisten

Martin Löwenberg

geb. 12. Mai 1925 in Breslau gest. 2. April 2018 in München

Dr. Cornelia Domaschke

Dr. Daniela Fuchs